

Zürcher Medienkonzern will Westschweizer Zeitung opfern

Le Matin Da Tamedias Renditeerwartung nicht erfüllt wurde, droht Boulevardblatt das Aus

VON DENNIS BÜHLER

Nach 125 Jahren ist Schluss: Laut einer gut unterrichteten Quelle hat der grösste Schweizer Verlag Tamedia über Pfingsten den Entscheid gefällt, die gedruckte Ausgabe der traditionsreichen Westschweizer Tageszeitung «Le Matin» noch diesen Sommer einzustellen. Das Aus für das von Montag bis Samstag erscheinende Boulevardblatt käme nicht überraschend, aber schneller als zuletzt erwartet. So schrieb «Le Matin»-Chefredaktor Grégoire Nappay im Dezember auf seinem Facebook-Profil, es sei die Strategie von Verleger Pietro Supino, «Le Matin» bis in zwei Jahren nur noch digital herauszugeben. Und im März sagte eben jener Supino gegenüber dem Westschweizer Fernsehen RTS, «Le Matin» entspreche «nicht vollständig der strategischen Positionierung von Tamedia. Die langfristige Zukunft der Marke werde digital sein. «Es ist aber noch zu früh, um zu sagen, wann und wie.»

Nun scheint die Einstellung des Printprodukts beschlossene Sache zu sein, auch wenn der Zürcher Medienkonzern vorerst dementiert. «Tamedia hat noch keinen Entscheid über die Zukunft von «Le Matin» getroffen», sagte

Sprecher Patrick Matthey gestern auf Anfrage der «Nordwestschweiz». Die Einstellung der Printausgabe sei ein mögliches Szenario, aber nicht das einzige. Auch wenn die Zeitung seit mehr als zwanzig Jahren rote Zahlen schreibe, sei «Le Matin» eine starke Marke, so Matthey. «An ihr wollen wir im digitalen Bereich so oder so festhalten, unabhängig davon, ob wir auch weiterhin eine Printzeitung herausgeben.»

Eine Hiobsbotschaft jagt andere

Streicht Tamedia die gedruckte Ausgabe, wird die ohnehin nicht sehr vielfältige Medienlandschaft der Romandie noch ärmer. Seit bald zwei Jahren jagt in der Westschweiz eine Hiobsbotschaft die andere: Erst entliess Tamedia als Herausgeberin der Tageszeitungen «24 heures» und «Tribune de Genève» im Herbst 2016 zwei Dutzend Mitarbeiter, dann stellte Ringier Axel Springer im Januar 2017 das Wochenmagazin «L'Hebdo» ein und baute 37 Stellen ab. Radikal umgebaut wurde auch die Tageszeitung «Le Temps», die ebenfalls im Besitz Ringiers ist und bei der ein Drittel der Mitarbeiter gehen musste.

Im vergangenen August dann kündigte Tamedia an, per Anfang 2018 sowohl in der Deutschschweiz als auch

ennet des Röstigrabens sogenannte Kompetenzzentren zu gründen: Seither belieferte eine Einheitsredaktion von Lausanne aus die «Tribune de Genève», «24 heures» und «Le Matin Dimanche» mit überregionalen Inhalten. Nicht ins Kompetenzzentrum aufgenommen wurde hingegen die Redaktion von «Le Matin», die stattdessen mit jener der Gratiszeitung «20 minutes» fusionierte. Viele Mitarbeiter deuteten diesen Schritt als untrügliches Zeichen, der Konzern glaube nicht mehr an die Zukunft einer papierenen Boulevardzeitung.

«Die Romandie hat resigniert»

Die von den Verlegern geförderte Gratismalität sei schuld am Niedergang von «Le Matin», sagt mit Peter Rothenbühler einer der wichtigsten Kenner der welschen Medienszene. Ab 2002 war er sechs Jahre lang Chefredaktor von «Le Matin», später fungierte er als stellvertretender publizistischer Direktor von Tamedia Publications romandes. «Das Aufkommen der beiden Gratiszeitungen «Le Matin Bleu» und «20 Minutes» in den Jahren 2005 und 2006 war im Rückblick der Genickschlag für «Le Matin», so Rothenbühler. «Das traditionsreiche Boulevardblatt bot gegen Bezahlung zum Verwechseln ähnlichen Inhalt im selben

Tabloidformat - das konnte auf Dauer nicht funktionieren.» Tatsächlich sank die Auflage auf zuletzt 37 634 Exemplare. Die Leserschaft schwand von 353 000 (2005) auf aktuell noch 218 000.

Die Nachricht, dass Tamedia wohl bereits über die Einstellung von «Le Matin» entschieden hat, überrascht den 69-jährigen nicht: «Die Frage ist nicht, ob Supino die Printausgabe von «Le Matin» einstellt, sondern nur, wann dieser Entscheid kommuniziert wird.» Supino wisse, dass sein Konzern der Verlegerfamilie Lamunière vor zehn Jahren einen sehr hohen Preis für «Le Matin», «Tribune de Genève», «24 heures» und weitere Zeitungen bezahlt habe, den er nie werde einspielen können. «Deshalb versucht der Geschäftsmann Supino seit Jahren, den besonders defizitären «Le Matin» zu verkaufen. Bis heute fand er keinen Interessenten.»

So traurig das absehbare Ende des gedruckten «Le Matin» sei: Man dürfe in der Westschweiz nun keinen Aufstand der Politik oder gar der Bevölkerung erwarten. «Die Romandie hat sich längst damit abgefunden, dass sie von Tamedia nichts Gutes erwarten kann», so Rothenbühler. «Man nimmt bloss resigniert zur Kenntnis, dass sich Pietro Supino nicht für das Welschland interessiert, sondern bloss für seine Gewinnmargen.»

Engadiner Baukartell Ermittlungen gegen Elite-Polizei starten

Die Bündner Regierung hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft Graubünden Esther Omlin als ausserordentliche Staatsanwältin ernannt. Die Oberstaatsanwältin des Kantons Obwalden soll im Auftrag der Bündner Staatsanwaltschaft die Anschuldigungen bezüglich der Ereignisse rund um den 15. Juni 2017 klären, wie es in einer Mitteilung heisst. An diesem Tag kam es gegen Baukartell-Whistleblower Adam Quadroni durch ein Sonderkommando zu einem umstrittenen Polizeieinsatz (die «Nordwestschweiz» berichtete). Dabei sollen auch die Vorwürfe gegen Unbekannt untersucht werden, die Quadroni per Strafklage bei der Staatsanwaltschaft eingereicht hat. Die Ernennung der 43-jährigen stützt sich laut Regierungangaben aufs Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung. Dieses erlaubt, bei Bedarf ausserordentliche Staatsanwälte zu bestellen. Omlin soll ihre Arbeit sofort beginnen.

Umgekehrt laufen gegen Whistleblower Quadroni mehrere Anzeigen. Laut «Blick» geht es dabei einerseits um Betrug respektive den umstrittenen Verkauf eines Mercedes. Andererseits hat ein Treuhänder Anzeige gegen den einstigen Baumeister eingereicht wegen betrügerischen Konkurses und Pfändungsbetrugs. Sein Vorwurf: Der Whistleblower soll Bilanzen seines Unternehmens frisiert haben. Quadronis Vertreter weisen die Anschuldigungen zurück. Dass Quadroni Konkurs angemeldet habe, sei längst bekannt. (NCH)

Hoher Besuch

Patrice Talon, der Präsident von Benin, weilte gestern in Bern. Bundespräsident Alain Berset hat Talon (r.) und dessen Delegation empfangen. Mit ihm getroffen hat sich neben Doris Leuthard, die im Präsidentschaftsjahr 2017 nach Benin gereist war, auch Aussenminister Ignazio Cassis. Die Schweiz will im westafrikanischen Land Unternehmen fördern. Cassis und Amtskollege Aurélien Agbénonci unterzeichneten dazu ein Abkommen. Ein weiteres soll die landwirtschaftlichen Dachverbände beider Länder stärken.

FOTO: PETER KLAUNZER/
KEYSTONE



Nahost-Politik

UNO-Hochkommissar widerspricht Cassis

VON GERHARD LOB, LUGANO

Die umstrittenen Aussagen von Ignazio Cassis letzte Woche in der «Nordwestschweiz» waren gestern Abend auch im Tessin Thema. Filippo Grandi, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, widersprach dem Schweizer Aussenminister, wonach das UNO-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) ein «Teil des Israel-Palästina-Konflikts» darstelle, statt Teil der Lösung des Nahost-Konflikts zu sein - wie dies auch die offizielle Position der Schweiz ist. Im Rahmen einer Veranstaltung beim Tessiner Fernsehen RSI erklärte Grandi: «Das UNRWA ist weder die Lösung noch das Problem selbst». Und er gab zu bedenken, dass nur dank der Arbeit des UNRWA viele Palästinenser überhaupt Schulbildung erhielten. Das Palästinenser-Problem sei dermassen komplex, dass es nur «in einem Paket» gelöst werden könne, so Grandi weiter. Und diese Lösung müsse politischer Natur sein. Es reiche nicht, dazu einfach ein Puzzlestück aus dem Gesamtbild zu entfernen. «Wenn wir heute den Palästinensern die wenige Hilfe nehmen, die sie erhalten, wird sich die Situation nur verschlimmern.» Grandi stellte in Lugano sein 2017 erschienenes Buch «Rifugi e ritorni» vor.

Noch mehr offene Fragen im Fall Maudet

Genf Trotz neuen Enthüllungen rund um die Reise nach Abu Dhabi wählt die Regierung Pierre Maudet zum Staatsratspräsidenten.

VON ANDREA TEDESCHI UND SAMUEL THOMI

Pierre Maudet ist gestern zum Präsidenten des Genfer Staatsrats gewählt worden. Damit weiss der bestgewählte Regierungsrat, der seit gut einer Woche in der Kritik steht, zwar seine Ratskollegen hinter sich. Der FDP-Politiker und Bundesratskandidat vom letzten Winter muss auf die neue Legislatur hin jedoch das Wirtschaftsdossier abgeben, darf aber das Polizei- und Flughafendossier

behalten. Ein Entscheid, der im Licht der jüngsten Enthüllungen überrascht.

Noch letzte Woche hatte es nicht danach ausgesehen. Vor zehn Tagen hatte der Genfer Staatsanwalt bestätigt, ein Verfahren wegen Vorteilsannahme eingeleitet zu haben. Dieses richtet sich zwar gegen unbekannt, im Visier sind aber Maudet und sein Stabschef (die «Nordwestschweiz» berichtete).

Was war passiert? 2015 reiste Pierre Maudet in die Vereinigten Arabischen Emirate an ein Formel-1-Rennen. Begleitung: seine Frau, die drei Kinder, der Kabinettschef und ein Freund. Auf dieser als privat deklarierten Reise traf Maudet aber auch den Kronprinzen der Emirate.

Maudet räumte letzte Woche zwar ein, die Reise nicht selbst bezahlt zu haben, son-



Unter Druck: Pierre Maudet.

dern ein Geschäftsmann mit libanesischen Wurzeln. Er habe ein schlechtes Gefühl gehabt, aber die Reise nicht annullieren wollen.

Fragen zur Vergabe nach Abu Dhabi

Doch nun wird bekannt: Der Flughafen Genf war laut Westschweizer Fernsehen RTS zum Zeitpunkt von Maudets Reise dabei, zwei Konzessionen für die Bodenabfertigung zu vergeben. Pikant: Einige Monate später erhielt neben Swissport neu auch das Unternehmen Dnata den Zuschlag. Diese Firma hat ihren Hauptsitz in den Emiraten und wird zum Teil von dessen Transportministerium kontrolliert. Der Kronprinz, den Maudet angeblich privat und zufällig im Hotel traf, ist Transportminister. Diesen, so der Genfer Sicherheitsdirektor, habe er eini-

ge Monate zuvor bei einem offiziellen Treffen kennen gelernt. Maudet versicherte, auf der Reise habe es kein «Gegengeschäft» gegeben (womit auch wegen Korruption ermittelt werden müsste). Der 40-jährige, der als Wirtschaftsdirektor auch das Flughafendossier verantwortete, verteidigt sich damit, dass das Bundesamt für Zivilluftfahrt entscheide. Auch André Schneider, Generaldirektor des Flughafens Genf-Cointrin, hielt gegenüber «Le Matin Dimanche» fest: Maudet habe nicht in die Vergabe eingegriffen.

Immerhin: Nachdem er zunächst schwieg, dann scheinbar immer neue Fakten und offene Fragen ans Licht kamen, hat Maudet inzwischen eingeräumt, dass es besser gewesen wäre, auf die fragliche Reise gleich ganz zu verzichten.